

Die Zeitungs-Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 218 Nr. 295 a

Bezugspreis: monatlich 3.00, halbjährlich 16.00, jährlich 32.00... Halle-Saale Donnerstag, 17. Dezember 1925

Ein Attentatsplan gegen Stresemann

Aufdeckung eines Komplotts • 2 Verhaftungen

Die Verkündung der Mossautschcheidung

Die Darstellung eines Demokratienbattes

Berlin, 16. Dezember.

(Eigener Drahtbericht.)

Dom Berliner Polizeipräsidium wird uns mitgeteilt:

Ein Attentatsplan gegen den Reichsaussenminister Stresemann ist aufgedeckt worden. Zwei Männer, nach ihren eigenen Angaben zu den Parteien der Rechten gehörig, sind verhaftet.

Ein Berliner Demokratienbatter berichtet folgende Einzelheiten: Ein verkommelter Akademiker Kaltdorff, Sohn eines höheren Beamten, vorbestraft und nach mangelnder Schickung jetzt als Arbeiter in einem sächsischen Bergelände, nach seinen eigenen Angaben 25-jähriger Wittler, empfindet Stresemann als einen Völkerschänder. Er fasste deshalb den Plan, ihn zu töten...

sichtigkeit des Kaltdorff, d. h. ein Brief an den vermeintlichen Gefangenengenossen, der über die Wahl des Mittels zur politischen Freiheit doch anderer Meinung war als Kaltdorff, zur Verhütung.

Die beiden Männer sind jetzt in Berlin von der Polizei dem Richter vorgeführt worden, bei der ihrer Vernehmung den bestimmten Einbruch anzuweisen, daß es sich nicht nur um Redensarten und Vorbereitungen feindsüchtiger, phantastischer und hysterischer Geistes handelt, sondern daß beiden angestrichelt ihrer politischen Ansicht ihre abenteuerlichen Schicksale und Lebensführung und andererseits der ganzen Umstände, in denen sie lebten, die verbrecherische Tat, die sie planten, wohl zuwurzeln sei.

Dazu ist zu bemerken: Es handelt sich also hier in der Hauptsache um einen Abenteuerer, der der Nationalsozialistischen Partei angehöre will. Er folgte den wohlfühnigen Plan eines Nordes, engagiert sich hierzu einen Wahnsinnigen, der in das Vernehmliche gehört, den Sohn eines wohlhabenden Oberstudienrates deutschnationaler Gesinnung, und will mit Flugmaschinen usw. arbeiten, um den Nord auszuführen. Das sind alles Einzelheiten, die — wohlgerichtet! — ein Berliner Demokratienbatter, die „Börsliche Zeitung“, berichtet, ein Blatt, dessen Zensurationsfreiheit seitdem bekannt ist.

Der türkische Protest

Genf, 16. Dezember.

(Eigener Drahtbericht.)

Um 6 Uhr 15 Min. begann die mit Spannung erwartete Sitzung des Völkerbundesrats, die heute die endgültige Entscheidung in der Mossautfrage zu Gunsten Englands brachte. Zu Beginn der Sitzung wurde ein Schreiben des türkischen Außenministers Rauf Bey verlesen, das als höchst wichtig zur Kenntnis zu erschienen und Protest gegen die schiedsrichterliche Entscheidung des Rates einlegte. Die Rechte der Souveränität eines jeden Staates über ein Gebiet dürfen nur mit der ausdrücklichen Zustimmung dieses Staates auf. Hieraus folgt, daß die Souveränität über das Mossautgebiet selbst und ganz bestehen bleibe.

Nach der Verlesung dieses Briefes wird ein ausführlicher Rahmenbericht zur Entscheidung des Rates verlesen, der eine Heberlei über die bisherige Behandlung der Streitfrage bringt. Die Mitglieder des Rates, so sagt der Bericht, hätten sich vor zwei Monaten entschieden, daß das Mossautgebiet zwischen dem Irak und der Türkei zu teilen oder den Irak bis zur britischen Grenze das Mossautgebiet auszusprechen. Der Rat hat sich heute für die zweite Lösung entschieden und damit 2/3 des Völkerbundesrates England zu Gunsten unter der Voraussetzung, daß das Mossautgebiet dieses Gebiet um 25 Jahre verlangsamt wird. Die englische Regierung wird weiterhin dem Irak anzuweisen, ihm Vorschläge zu unterbreiten, ob die Selbstverwaltung unter der türkischen Herrschaft durchgeföhrt werden könnte und die zur Annahme der anderen, wirtschaftlichen und kulturellen Empfehlungen der Untersuchungskommission bereit. Der Bericht und die Resolution werden hierauf vom Rat einstimmig angenommen.

Dr. Koch vor dem Scheitern

Ergebnislose Koalitionsberatungen

Berlin, 16. Dezember.

(Eigener Drahtbericht.)

Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen des Abgeordneten Koch mit den Koalitionsführern nach einer 2 1/2stündigen Dauer auf morgen vormittag vertagt worden. Die Zwischenzeit soll zu neuen Formulierungen benutzt werden. Nach dem Einbruch im Reichstage führte die Aussprache nach dem Bericht der Koalitionsführer über die Ansichten ihrer Fraktionen in den Fragen der Außenpolitik zu einer gewissen Einigkeit. Was dann die innerpolitische Lage zur Erweiterung kam, zeigte sich jedoch erhebliche Schwierigkeiten. In der Wandelhalle werden die Aussichten der Großen Koalition nach dem Verlauf der heutigen Verhandlungen allgemein pessimistisch beurteilt.

Nach der Renarrierung des Reichstages traten die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten zusammen, um zu den ergebnislosen Beratungen des Abgeordneten Koch Stellung zu nehmen. Wie wir hören, betreffen die Erörterungen 3 Punkte. Der erste ist die Erwerbslosenfrage, dann die Frage des Arbeitszeitgesetzes im Zusammenhang mit dem Wollstoffsteuerkommission und schließlich die Frage der Revision der Steuer- und Abgaben. In der Zentrumsfraktion erlittete Abgeordnete, Marx, den Bericht. Einmündungen gegen die Erwerbslosen wurden nicht erhoben. Die Reichsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt erst eine einstündige Sitzung ab, in der Abgeordneter Dr. Scholz den Bericht über die Parteiführerbesprechung gab. Besondere Bedenken wurden nicht geäußert, sondern die Unterhändler ermächtigt, die entsprechende Entscheidung zu treffen.

Um die Nachfolgerschaft Doumeres

Paris, 16. Dezember.

Bis zur Stunde steht noch nicht mit Sicherheit fest, ob der Senator Doumeres, der von Briand heute morgen im Kabinettsrat als Nachfolger Loucheurs vorgeschlagen wurde, wirklich mit dem Finanzportfeuille beauftragt wird. Innerhalb des Kabinetts machen sich verschiedene Widerstände gegen Doumer geltend, wie seiner Wahl ein weiterer Nachschub nach rechts vollzogen wird. Die Wäne Doumeres waren bereits von radikalnationalistischer Seite sehr unglücklich aufgenommen worden, als er mit der Bildung der Regierung bei der letzten Krise beauftragt worden war. Der wichtigste Punkt seines Programms ist die Erhöhung der Umsatzsteuer, der viele durchaus feindselig gegenübersteht.

Die Italiener demontieren

München, 16. Dezember.

Das fönglich italienische Generalkonsulat teilt uns mit: Die Nachricht, wonach der Bevölkerung von Südtirol die Abhaltung des Weihnachtsfestes in der herkömmlichen Weise mit den Weihnachtsbäumen verboten worden wäre, ist vollständig falsch. Ganz im Gegenteil hat der föngliche Konsul in Bozen im Auftrag der Regierung der Bevölkerung Weihnachtsbäume aus den hiesigen Sorten zur Verfügung gestellt und daran den Wunsch einer fröhlichen Weihnachtszeit geäußert. (1) Auch die Nachricht, daß auf behördliche Verfügung die Entfernung des Weihnachtsbaumes von der Wohnung verboten worden wäre, ist frei erfunden. Das Denkmol bleibt, was es ist. Wie wir erfahren, haben diese amtlichen Geiststellungen des Münchener Generalkonsulats in Berliner Kreisen lebhafteste Bewegung hervorgerufen. Allerdings bemerkt man in dem Dementi eine Aufführung der großen Reihe fönglicher Fälle, in dem Beispiel bleibt die Umhängung des Weihnachtsbaumes in Bozen nach dem Wöng von Italien unbeeinträchtigt. Immerhin sieht man in der Mitteilung des Generalkonsulats einen erfreulichen Anfangserfolg des einmütigen Protestes der deutschen Presse, die in der letzten Zeit leider sehr häufig Gelegenheit hatte, sich mit den Methoden zu beschäftigen, die gegen die Deutschen in Südtirol angewandt werden. Es bleibt nur zu wünschen, daß die behördlichen Anordnungen nicht wieder durch das Verhalten fönglicher Parteigänger in München unannehmlich gemacht werden. Das deutsche Konsulat in Bozen betrachtet es als Pflicht, die Vorgänge in Südtirol auch in Zukunft mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Unsere Berliner Schriftleitung meldet dazu:

Es kam, wie es kommen mußte, die Sozialdemokraten haben ihre alten, nicht gerade bescheidenen Forderungen gerade im Punkte der Erwerbslosenunterstützung und der Beamtengehälter verdoppelt und haben dadurch Dr. Koch bereits schon nahezu zum Scheitern gebracht. Die Koalitionsberatungen des heutigen Tages sind ergebnislos abgebrochen worden und Herr Koch hätte schon heute zurücktreten müssen, wenn er sich nicht noch einmal Zeit erheben hätte, um neue Richtlinien auszuarbeiten, die er den Führern der in Frage kommenden Fraktionen wieder möglichst früh vorlegen wird.

In politischen Kreisen macht man keinen Hehl daraus, daß dieser letzte Versuch Dr. Kochs kaum ein anderes Ergebnis haben werden wird als der vorangegangene. Man glaubt, daß Koch schon morgen abends von seinem Auftrag zurücktreten wird, weil so oder so der morgige Tag die Entscheidung bringen soll. Man rechnet damit, daß darauf eine Weihnachtspause eintritt, in der kaum mit einer neuen Betragung zu rechnen ist.

Für Januar kommt dann die neue Betragung Dr. Luthers in Frage. Dieser neue Versuch Luthers kann aber nicht unmittelbar an dem Scheitern Kochs angeschlossen, weil erst neue Vorbereitungen gefunden werden müssen. Es gilt dann nämlich, die Grundlage für ein Ministerkabinetts, für eine Beamtenregierung zu finden.





